



Ökosoziale Marktwirtschaft „Ein Modell für eine Welt in Balance“

Senat der Wirtschaft – Jahresausklangveranstaltung, Residenz Salzburg

Ich bin unendlich dankbar dafür, dass sich Unternehmer-Persönlichkeiten im Rahmen des „Senat der Wirtschaft“ um das Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft annehmen.

Die Politik hat sich leider aus der ordnungspolitischen Gestaltung weitgehend zurückgezogen. Vor allem auf globaler Ebene. Europa erschöpft sich in mühsamen internen Diskussionen und hektischen Feuerwehreaktionen. Aber auch auf nationalstaatlicher Ebene gibt es seit Jahrzehnten keinen intensiven ordnungspolitischen Diskurs. Die Grundsatzprogramme von CDU und ÖVP stammen aus den Jahren 1994 und 1995 – in Österreich initiiert durch den damaligen Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek. In diesen beiden Grundsatzprogrammen ist das Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft bzw. „ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“ (CDU) massiv verankert. Aber das war noch vor dem weltweiten Siegeszug eines anglo-amerikanischen Marktfundamentalismus und profitgetriebenen Kapitalismus.

Der fundamentale Paradigmenwechsel vom Geist der Sozialen Marktwirtschaft Mitteleuropas zum kapitalistischen Denken im angloamerikanischen Raum ist durch folgendes Zitat besonders anschaulich illustriert: „Die soziale Verantwortung von Managern ist Profitmaximierung für die Aktionäre“, formulierte Milton Friedman im Gegensatz zum Motto eines Ludwig Erhard „Wohlstand für alle“ als Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft.

Die Marktfundamentalisten und Profitmaximierer übersehen, dass eine blühende Wirtschaft als Grundlage einen hohen allgemeinen Lebensstandard und eine breit gestreute Kaufkraft braucht. Eine Gesellschaft mit 90 % Armen und wenigen Milliardären ist kein guter Boden für Unternehmer!

Und noch etwas: Es geht um eine Wirtschaft, die Werte schafft – sei es in der produzierenden Wirtschaft oder in den verschiedensten Dienstleistungen. Eine solche Wirtschaft bietet Arbeit und Einkommen und schafft somit die Basis für sozialen Frieden.

Eine pervertierte Ökonomie, welche sich auf das Hin- und Herschieben virtuellen Geldes unter Ausschöpfung möglichst hoher Gewinnspannen reduziert, wirkt destruktiv – und zwar sowohl ökonomisch wie sozial und ökologisch.

20 Jahre zügellose Finanzmärkte, hasardierende Spekulation und unfairer Wettbewerb haben ihre Spuren hinterlassen: Wir erleben soziale und ökologische Ausbeutung in globalen Dimensionen. Das führt zu hoher Arbeitslosigkeit, zu einem systematischen Ausbluten des Mittelstandes sowie einer steigenden Kluft zwischen Arm und Reich. Daraus entsteht – auch

in Europa – gesellschaftlicher und politischer Sprengstoff. Der Zulauf zu demagogischen Polarisierern der extremen Rechten und der extremen Linken wird zur Gefahr für Demokratien.

Dazu kommt, dass die großen Herausforderungen der heutigen Menschheit wie Klimawandel, weltweite Ressourcenerzöschung, Bevölkerungsexplosion, globalisierte Ökonomie, wildgewordene Finanzmärkte sowie die Bedrohungen durch weltweiten Terror und weltweite Kriminalität eine Mindestmaß an Global Governance erfordern würden.

Nach einem ermutigenden Anlauf durch die „G-20“ anlässlich des Finanzkollaps im Jahr 2008 sind die Hoffnungen leider wieder geschwunden. Mit einem Wort: Die Menschheit befindet sich in einer Mehrfach-Bedrohung mit dem Potenzial zur Selbstzerstörung.

Es bedarf daher der Mobilisierung aller konstruktiven Kräfte! Vor allem brauchen wir **realisierbare Modelle und Konzepte für eine Welt in Balance**.

„Visionäre sind die wahren Realisten der Geschichte“, sagte Helmut Kohl. Nicolas Sarkozy meinte: „Unsere Generation ist wahrscheinlich die letzte, welche die Chance hat, die Menschheit vor der Zerstörung zu bewahren!“

Ökosoziale Marktwirtschaft als Modell der Balance

Seit 10 Jahren haben wir als Akteure der Zivilgesellschaft in Deutschland und Österreich ein Modell entwickelt, welches als **Realutopie** für eine funktionsfähige Global Governance zur Gestaltung einer Welt in Balance dienen kann.

Das Modell heißt: **Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft**.

Es geht dabei um die Schaffung von Balance auf mehreren Ebenen:

1. Ökosoziale Marktwirtschaft als richtige Balance zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem

Im Kern geht es dabei um die Erweiterung bzw. Vertiefung des erfolgreichen Modells der Sozialen Marktwirtschaft durch ein „magisches Dreieck“ von: leistungsfähiger Wirtschaft, sozialer Solidarität und ökologischer Nachhaltigkeit.

Das ist natürlich eine hohe Anforderung an politische Gestaltung auf staatlicher, europäischer und globaler Ebene.

Politik muss wieder zu ihrer Kernaufgabe zurückfinden, nämlich einen fairen Ordnungsrahmen für Wirtschaft und Gesellschaft zu gestalten und für dessen Durchsetzung zu sorgen.

Was bedeutet das konkret?

- **Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit** erfordert ein Höchstmaß an Bildung, Forschung und Innovation; ein leistungsfreundliches Steuersystem; eine innovationsfördernde Gesetz-

gebung und Verwaltung; faire Wettbewerbsbedingungen durch Begrenzung der Marktmacht einzelner Akteure sowie gesichertes Eigentum.

- **Soziale Solidarität** erfordert eine vernünftige Balance zwischen institutionellen Einrichtungen der Sozialpolitik und persönlicher sozialer Verantwortung. Das heißt, wir brauchen eine langfristig gesicherte Finanzierung unseres Sozial- und Gesundheitssystems auf der einen Seite sowie die stärkere Unterstützung von Familien und privaten Einrichtungen zur Bewältigung sozialer Aufgaben. Soziale Solidarität hat aber immer mehr auch eine globale Dimension.
- **Ökologische Nachhaltigkeit** ist das eigentlich neue am Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft. Ihr Herzstück ist ökologische Kostenwahrheit sowie die strikte Anwendung des Verursacherprinzips – und zwar auf nationalstaatlicher, europäischer und globaler Ebene. Das beginnt beim Konsum und im privaten Haushalt und geht über Produktion und Verkehrssysteme bis zur weltweiten Klimastrategie.

Ökosoziale Marktwirtschaft ist nicht kompliziert!

Sie erfordert aber eine starke Politik, die durchsetzungsfähig ist gegenüber verschiedensten Besitzstandverteidigern und egoistischen Einzelinteressen.

2. Weltweite Balance

In nur 60 Jahren, zwischen 1950 und 2011, hat sich die Zahl der Menschen mehr als verdreifacht: von 2,2 auf 7 Milliarden.

Dadurch und durch vielfache weltweite Verflechtungen, Betroffenheiten und Abhängigkeiten sind wir als Menschheit zu einer Schicksalsgemeinschaft geworden.

Die überlebenswichtige Herausforderung für das 21. Jahrhundert ist daher die Gestaltung einer **ökologisch zukunftsfähigen** und **politisch friedensfähigen** menschlichen Entwicklung.

Dafür wollen wir mit dem Projekt „Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft“ einen gangbaren Weg aufzeigen.

Kernstück ist die Verknüpfung von zwei globalen Strategien zu einer Win-win-Situation für alle Beteiligten – nämlich die Verbindung eines Global Marshall Plan als leistungsfähige Partnerschaft für faire Entwicklungschancen mit der Durchsetzung weltweit gültiger Regeln für fairen Wettbewerb.

Die Mittel für ein weltweites Kohäsionssystem könnten auf eine ordnungspolitisch besonders sinnvolle Form durch eine weltweite Finanztransaktionssteuer aufgebracht werden – verbunden mit dem Effekt, dass die Exzesse des Geldverschiebens zu teuer würden.

Durch die Implementierung von weltweit gültigen Sozial- und Umweltstandards in die Welt handelsorganisation (WTO) sowie durch weltweit gültige Regeln für faire Steuersysteme und die Rückführung des Bankensektors von der Spekulation mit fremdem Geld zum Dienstleister und Financier der produzierenden Wirtschaft könnte eine stabile weltweite Wirtschaftsentwicklung erreicht werden.

Als Sofortmaßnahmen müssen von den politischen Akteuren auf globaler Ebene folgende Punkte dringend gelöst werden:

- Die Einlösung der seit 1970 versprochenen Dotierung der Entwicklungspartnerschaft in Höhe von 0,7 % des Bruttoinlandsproduktes.
- Das Unterbinden von Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Bilanzfälschung in Steuerstaaten.
- Das Abstellen destruktiver Spekulation mit Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Energie.
- Die Durchsetzung einer weltweiten Finanztransaktionssteuer.

3. Europa neu denken!

Als dritte Ebene geht es darum, den europäischen Einigungsprozess mutig weiterzuführen, um im europäischen Einigungswerk einen neuen Qualitätssprung zu erreichen.

Eine EU der bald 28 Mitgliedstaaten auf Basis des Lissabonvertrages ist nicht ausreichend handlungsfähig! Dadurch gerät Europa in Gefahr, in einer immer stärker multipolar agierenden Welt neuer Großmächte an den Rand gedrängt zu werden. Ausgehend von den Erfahrungen aus der Krise in der Eurozone und dem Zwang zu einer koordinierten Budget-, Währungs-, Steuer- und Wirtschaftspolitik sollte man den Mut aufbringen, sich vom mühsam errungenen Flickwerk des Lissabonvertrages gedanklich zu lösen, um klare Entscheidungsstrukturen in einer neuen Verfassung für einen europäischen Bundesstaat – aber mit stark ausgeprägter Subsidiarität – zu entwickeln.

Eckpunkte einer solchen europäischen Verfassung könnten sein:

- Ein von den Bürgerinnen und Bürgern gewähltes Zwei-Kammern-Parlament als Gesetzgeber anstelle des bisherigen Rates der Regierungschefs bzw. Fachminister der Mitgliedstaaten als „Gesetzgeber“.
- Eine gesamteuropäische Regierung als Exekutivorgan
- Ein gewählter Präsident sowie natürlich eine unabhängige Gerichtsbarkeit und Kontrolle.

Ein solch neugestaltetes „Haus Europa“ müsste ganz konsequent nach dem Prinzip der Subsidiarität gestaltet werden:

Die großen gemeinsamen Aufgaben wie Außenpolitik, äußere und innere Sicherheit, Währungs-, Steuer- und Budgetpolitik sowie der Rahmen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik sollten gesamteuropäisch entschieden werden.

Die Gestaltung des praktischen Lebens sollte entsprechend der Vielfalt Europas bezüglich seiner unterschiedlichen Kulturen und Lebensweisen in Eigenverantwortung in den einzelnen Staaten, Ländern, Regionen und Gemeinden erfolgen. Das würde viel Frust von einer EU wegnehmen, die detailverliebt kleinste Kleinigkeiten des alltäglichen Lebens zentralistisch reguliert.

„Nova EUropa“, ein österreichischer Kreis von Vordenkern für eine „Europäische Republik“, hat bereits vor einem Jahr in einem 3-Stufen-Plan einen praktikablen Weg vorgeschlagen:

1. Unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der Euro-Staaten durch die Europäische Zentralbank (inzwischen durch EZB-Präsident Mario Draghi auch angekündigt).
2. Schaffung einer Fiskalunion und einer Wirtschaftsregierung der Eurozone; Umwandlung der Eurozone in eine Europäische Föderation (derzeit teilweise in Umsetzung).

3. Schaffung einer neuen Verfassung für eine Europäische Republik mit gewähltem 2-Kammern-Parlament, europäischer Regierung und einem gewählten europäischen Präsidenten.

Voraussetzung für einen solchen Schritt wäre natürlich Freiwilligkeit auf der Grundlage von Volksabstimmungen in den einzelnen Euro-Ländern. Ein solcher starker europäischer Staat bliebe Teil der gesamten EU – gemeinsam mit den übrigen EU-Mitgliedstaaten.

Europa braucht wieder politische Persönlichkeiten mit mutigen Visionen und dem Willen, gemeinsam zu gestalten.

„Visionäre sind die wahren Realisten der Geschichte!“